

Victor Perli MdL
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Victor Perli MdL (DIE LINKE.) | Fischerstr. 19b | 38300 Wolfenbüttel

An die Mitglieder des
Asse-II-Koordinationskreises
und die interessierte Öffentlichkeit

per e-Mail: 2013@asse2.de

Fischerstr. 19 b
38300 Wolfenbüttel
Telefon 05331 / 7107007
Mobil 0172 / 1379061

victor.perli@lt.niedersachsen.de
www.perli.de

Wolfenbüttel, den 3. Januar 2013

Antwort auf die Anfrage des Asse-II-Koordinationskreises zur „Durchsetzung der Rückholung“ vom 4. Dezember 2012

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

im Folgenden meine Antwort zur Anfrage des Asse-II-Koordinationskreises, in der ich in kurzer Form die aus meiner Sicht vordringlichen Aufgaben anführe, die von der politischen Seite gelöst bzw. angeschoben werden können. Ich verstehe meine Antwort als Diskussionsbeitrag und freue mich über Rückmeldungen und Hinweise.

Vorbemerkung: „Nichts ist gut bei Asse II“

Es gibt keine sichere Alternative zur Rückholung der radioaktiven und chemotoxischen Abfälle aus der Schachanlage Asse. Sowohl der Optionenvergleich als auch hydrogeologische Expertisen haben deutlich gemacht, dass die Langzeitsicherheit für Mensch und Umwelt durch andere Optionen nicht gewährleistet werden kann.

Seit der Vorstellung des Optionenvergleichs im Januar 2010 sind drei Jahre ohne Fortschritt verloren gegangen. Obwohl die Rückholung zum offiziellen Anliegen wurde, ist man bis heute über wenige vorbereitende Arbeiten ohne nennenswerte Ergebnisse nicht hinausgekommen (siehe Faktenerhebung, Probebohrung, Schacht 5).

Von Ministern und Behördenchefs hört man schöne Worte, ein ziel- und lösungsorientiertes Arbeiten an der Rückholung ist jedoch weder bei den Umweltministerien von Bund (BMU) und Land (NMU) noch beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) festzustellen. Gleichzeitig wissen wir, dass hochrangige amtierende und ehemalige Behördenvertreter von BMU und BfS sowie vermeintlich neutrale „Berater“ aus der Atomlobby die Rückholung innerhalb der Bürokratie und mit öffentlichen Aussagen zu blockieren versuchen, um sie abzuwickeln.

Der Sachstand lässt sich – frei nach Margot Käßmann – mit den Worten „Nichts ist gut bei Asse II“ zusammenfassen.

Politisch handeln, um die Rückholung durchzusetzen!

Aus den einleitend skizzierten Problemen ergeben sich für die politische Ebene drei Bereiche mit vordringlichem Handlungsbedarf, auf die ich im Einzelnen eingehen werde:

1. die rechtlichen Rahmenbedingungen
2. die Personalpolitik und die Durchsetzung der politischen Verantwortlichkeit in Ministerien und Behörden
3. die politische Steuerung der praktischen Durchführung

Der Sachstand gebietet aus meiner Sicht aber mehr als ein Auflisten von Einzelvorschlägen zur Optimierung. Notwendig ist eine **strategische Debatte**, wie die politischen Akteure aus der Region einschließlich der

Bürgerinitiativen und Umweltverbände den öffentlichen Druck zugunsten der Rückholung wieder erhöhen können. Dazu gehört auch eine kritische Reflektion der Tätigkeit der Asse-Begleitgruppe.

Das A und O zur Durchsetzung der Rückholung ist **fortwährender Druck aus der Bevölkerung** und das **kritische Engagement von Bürgerinitiativen** – beides optimalerweise im Bündnis mit parlamentarischen Vertretern.

Im Einzelnen, einige Vorschläge zur politischen Diskussion:

1. rechtliche Rahmenbedingungen – die „Lex Asse“ besser machen!

Die Notwendigkeit einer „Lex Asse“ ist unumstritten. Der gegenwärtige Entwurf ist jedoch enttäuschend und gefährlich. Sogar Vertreter von Ministerien und Betreiber warnen vor zu hohen Erwartungen bei den Beschleunigungsmöglichkeiten und haben offen zugegeben, dass kein Paradigmenwechsel zugunsten der Rückholung vorliegt. Stattdessen würden lediglich „rechtliche Grauzonen“ beseitigt.

Aus einer Vielzahl kritischer Punkte ragt heraus, dass bei den schwammigen Abbruchkriterien eine Abwägung mit der Langzeitsicherheit für künftige Generationen fehlt, obwohl sie beim Optionenvergleich das entscheidende Argument für die Rückholung war und ferner die vorgesehenen Entscheidungswege keine Kontroll- oder Vetostrukturen („Vier-Augen-Prinzip“) kennen. Fazit: Dieser Gesetzentwurf kann von Gegnern der Rückholung genutzt werden, um bei passender Gelegenheit die rechtssichere Rückkehr zum alten Flutungskonzept mit dem Verbleib des Mülls im Schacht durchzusetzen.

Schlussfolgerungen:

- a) **Das Zeitfenster bis zu der für den 1. März geplanten Verabschiedung des Gesetzentwurfs muss genutzt werden, um unter Zuhilfenahme unabhängiger Sachverständiger und Juristen eine nachhaltige Qualifizierung des Entwurfs zu erreichen. Es muss davon ausgegangen werden, dass dies auf absehbare Zeit die letzte Möglichkeit ist, um rechtliche Voraussetzungen für die Rückholung zu verbessern und Schlupflöcher zu schließen.**
- b) **Hiesige Vertreter der politischen Parteien müssen jeweils Einfluss darauf nehmen, dass der Gesetzentwurf bei der geplanten Bundestagsanhörung am 20. Februar durch kritischen Sachverstand auf Herz und Nieren geprüft werden kann, anstatt – wie der bisherige Plan es vorsieht – nur am Gesetzentwurf bereits Beteiligte anzuhören.**

2. Personalpolitik und Durchsetzung der politischen Verantwortlichkeit in Ministerien und Behörden

Es besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen den Aussagen von Ministern und Staatssekretären und der tatsächlichen Arbeit der Ministerien auf Bundes- und Landesebene. Unterhalb wohlfeiler Worte von Ministern regieren Bedenkenräger und Gegner der Rückholung, die auch nicht durch Vorschläge zur Optimierung von Abläufen auffallen. Zudem übt das BMU über die Personalpolitik entscheidenden Einfluss auf die Besetzung wichtiger Stellen beim BfS aus.

Schlussfolgerungen:

- a) **Als Mindestforderung ist der für die Asse zuständige Abteilungsleiter im BMU aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit von der Zuständigkeit für die Asse zu entbinden.**
- b) **Das Bundesamt für Strahlenschutz und die Asse-GmbH müssen selbst entscheiden und selbst verantworten, auf welches Personal sie zur Umsetzung der Rückholung setzen.**
- c) **Der Wille zur Rückholung des Atommülls, der durch Parlamentsbeschlüsse getragen wird, muss in allem staatlichen Handeln zum Ausdruck kommen. Das ist seitens der verantwortlichen Minister und Regierungen in den Behörden durchzusetzen.**
- d) **Der Ministerpräsident des Landes Niedersachsen muss die Asse zur Chefsache machen, um endlich sicherzustellen, dass das „größte Umweltproblem des Landes“ von Seiten der Bundesregierung sachgerecht behandelt wird.**

3. politische Steuerung der praktischen Durchführung

Es gibt bis heute keinen Plan, wie die Rückholung organisiert und durchgeführt werden soll. Keine der verantwortlichen Behörden auf Bundes- und auf Landesebene arbeitet so, wie es angesichts des Problems und des Zeitdrucks notwendig wäre (siehe Vorbemerkungen).

Schlussfolgerungen:

- a) **Durchsetzung einer Projektplanung mit Zeitplan wie bei jedem industriellen Großprojekt**
- b) **Parallelisierung von Arbeiten, Antrags- und Genehmigungsverfahren sowie „Just in time“-Prozesssynchronisation**
- c) **Transparente Arbeits-, Projekt- und Entscheidungsstrukturen unter Einbeziehung weltweiter wissenschaftlich-technischer Expertise und Bürgerbeteiligung. Regelmäßige Abstimmungsrunden zwischen allen beteiligten Behörden unter Beteiligung von Vertretern der Asse-Begleitgruppe sowie der örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten.**
- d) **Stärkung der Bürgerbeteiligung durch folgende Mindestforderungen: Verbindliche Auskunftsrechte für die Mitglieder der Asse-Begleitgruppe und die Wissenschaftler der AG Option Rückholung, mindestens halbjährliche Bürgerversammlungen zum Stand der Rückholung und eine erhöhte Taktfrequenz der Begleitgruppensitzungen.**

Darüber hinaus:

Politisch verantwortliche und fachlich zuständige Landes- und Bundespolitiker aus den eigenen Parteien für Probleme sensibilisieren und eng anbinden

Es liegt in der Verantwortung der örtlichen Abgeordneten und Kreisparteien, dass die für das Thema Asse II zuständigen Landes- und Bundespolitiker eng an die Interessen der Region angebunden werden.

Beispielsweise habe ich im Vorfeld der Beratungen um das Asse-II-Gesetz den Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, und die zuständige Berichterstatterin, Dorothee Menzner, zu Gesprächen mit den Bürgerinitiativen vor Ort eingeladen – das hat keine andere Partei so gehandhabt.

Es ist aber bedeutsam, dass Entscheidungsträger aller politischen Parteien die Problemlage vor Ort aus eigenem Erleben und die Interessen der Bevölkerung aus eigenen Gesprächen kennen. Nur so können wir langfristig für die notwendige Sensibilisierung beim Thema Asse II sorgen.

Mit besten Grüßen

Victor Perli